Bundeshuus-Wösch

Objekttyp: Group

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band (Jahr): 113 (1987)

Heft 16

PDF erstellt am: 21.05.2024

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch



Schlechter Verlierer

Abstimmungssonntag dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) und Zuger CVP-Ständerat Markus Kündig am Tag danach noch tief in den Knochen zu stecken. Da wollten er und sein Verband den Stimmbürger vor einem allzu komplizierten Abstimmungsverfahren bewahren - aber dennoch haben Volk und Stände klar ja gesagt zum doppelten Ja. «Auf den Schweizer Stimmbürger ist auch kein Verlass mehr», mögen sich da die Gewerbeoberen gedacht haben. Dennoch werden die gleichen Gewerbeleute den Bürger zwecks Beseitigung der Mutterschaftsversicherung schon bald wieder an die Urne rufen. Der Bürger ist beim Gewerbeverband immer dann gefragt, wenn es gilt, ein den Gewerblern unliebsames politisches Geschäft aus der Welt zu

Als Lisette am gleichen Tag, kurz nach dem grünen Zürcher Erdrutsch, den katholisch-kon-

servativ-freisinnigen Gewerbeverbandspräsidenten auf die jüngste grüne Welle aufmerksam machte, meinte der Ständerat aus Zug verbiestert: Das einzige, was die Zürcher Wahlen gebracht hätten, sei eine Papierflut und ein paar Bäume, die hierfür gefällt worden seien. Mehr wusste Markus Kündig nicht zu sagen. Da kann nur ein Schluss gezogen werden: Der für fast jedes Geschäft zu habende Druckereibesitzer aus Zug hat von den Zürcher Wahlkämpfern wohl keine Druckaufträge erhalten.

Alle zufrieden

Wie doch da jeweils auf den Ausgang einer eidgenössischen Volksabstimmung reagiert wird. Verlierer gibt es fast keine, Gewinner dagegen überall! Das Nein zum Rüstungsreferendum stellt die Gegner aus dem Bürgerblock zufrieden, und die Sozialdemokraten sprechen von einer Minderheit, die nicht vernachlässigt werden könne. Galt bis zum Abstimmungssonntag jeder, welcher das Rüstungsreferendum befürwortete, als potentieller Gegner der Armee und Landesverräter, tönte es am Abstimmungssonntag ganz anders. Schliesslich kann man nicht plötzlich 40 Prozent der Stimmbürger zu diesen schwarzen Schafen zählen.

Nicht überrascht vom Ausgang «Doppel-Ja»-Abstimmung zeigte sich der Freisinn. Zwar traf solches für fast jeden anderen Schweizer nicht zu, und es wurde bei der FDP auch die Nein-Parole herausgegeben, in der festen Annahme, Volk und Stände könnten einem so «komplizierten Verfahren» gar nie zustimmen. Ein Glück für die Freisinnigen, dass sie ihre Parole bloss im kleinen Kämmerlein getroffen haben. Ein allzu wuchtiges Nein in der Delegiertenversammlung wäre nach dem klaren Ja zum doppelten Ja schon etwas schwieriger zu erklären gewesen. Da hätten nicht einmal Lisettes Staubtücher gereicht, ein alles verwedelndes FDP-Communiqué zu veröffent-

Bundesrat Cotti früh geweckt

Zwar trifft Bundesrat Flavio Cotti morgens bereits um halb sieben im Büro ein, sein Vorgänger Egli kam kaum vor acht Uhr. Das beweist, dass Bundesrat Cotti den Spruch «Morgenstund hat Gold im Mund» sehr ernst nimmt. Jüngst war es ihm dann aber doch zuviel. Am Montag nach den Tessiner Wahlen riefen ihn Freunde aus dem Tessin bereits morgens um drei Uhr an und zwangen ihn aus den Federn. Sie wollten ihm unbedingt erzählen, dass der CVP-Regierungsrat Fulvio Caccia, Cottis früherer Rivale in der Tessiner Regierung, als bisheriger auf der Strecke geblieben war. «Das geht mich doch jetzt nichts mehr an», soll Cotti in den Hörer gefaucht haben, um die unliebsamen Störenfriede rasch loszuwerden

Bundesrätin Kopp: «Entwarnung»

Am Montag nach der Abstimmung über das Asylgesetz fanden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Asylbereichs von Bundesrätin Elisabeth Kopp einen freundlichen, aufmerksamen Brief auf ihrem Pult. Mit netten Worten dankte die Departementsvorsteherin ihren Mitstreitern für die Zusammenarbeit und wies zudem hoffnungsfroh in die Zukunft. Nach der überstandenen Abstimmungsschlacht könne nun auch, liess Bundesrätin Kopp durchblicken, die Limite wöchentlich zu behandelnder Asylgesuche etwas herunterge-holt werden. Waren vorher rund fünf Fälle als Soll zu erledigen, dürften nunmehr bereits drei behandelte Asylgesuche als genügend betrachtet werden ...

SP und Ruf haben Angst

Auch in der zu Ende gegangenen Frühlingssession hat es nur wieder so gehagelt von parlamentarischen Vorstössen. Die Verwaltung musste insgesamt 142 Motionen, Postulate, Interpellationen, Einfache Anfragen und sogar eine Empfehlung entgegennehmen. Allgemein wird diese Flut mit der Tatsache erklärt, dass heuer ein Wahljahr ist. Und dabei könnte sich die Frage stellen, ob jene Parlamentarier und Parteien besonders viele Vorstösse einbringen, die sich ausgeprägter als andere vor der Wahlschlappe fürchten. Wäre dies so, so hätte Markus Ruf, der Scharfmacher der Dunklen aus dem Kanton Bern, das Schlottern am meisten erfasst. Er hat nämlich den Rekord für die Frühjahrssession mit sage und schreibe sechs Vorstössen. Und wenn man die Parteien betrachtet, ist es die Sozialdemokratie, die mit 47 eingereichten Vorstössen mit grossem Vorsprung die Liste anführt. Lisette Chlämmerli



«... und Sie glauben, dass die Farbe bis zu den Wahlen hält und nicht ausbleicht ...?»